



Resolution des Ausschusses Integration / Gesellschaftliche Werte

„Gemeinsam für die Vielfalt in der Einheit“

20 Jahre nach der Wiedervereinigung fragen wir uns: „Sind wir eine Einheit geworden?“. Diese Frage setzt voraus, dass wir uns klar darüber werden, was Einheit eigentlich bedeutet. Ist es die Einheit von Ostdeutschen und Westdeutschen, Migranten und Nichtmigranten oder sogar von Politikern und Bürgern? All diese Gegensätze bergen Problempotenzial, das nicht verschwiegen werden darf und von Politik und Gesellschaft gemeinsam bearbeitet werden muss. In der Ost-West-Debatte fallen meist als erstes die wirtschaftlichen Differenzen ins Auge: Ostdeutsche verdienen auch noch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung weniger als Westdeutsche, es herrschen unausgewogene Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse und eine Chancenungleichheit, die sich in geringerer Vertretung in Wirtschaft und Politik zeigt. Daraus wiederum resultiert auch das Problem der Abwanderung. Wir wünschen uns von der Politik in Zukunft daher gezielte Maßnahmen (Wirtschaftshilfe, Infrastruktur-Maßnahmen) für davon betroffene Regionen. Ein weiteres Problem ist die mangelnde Kenntnis der gegenseitigen Geschichte und Lebensweise, die nur durch Thematisierung, Kommunikation und politische Bildung überbrückt werden kann.

Doch das Wort „Einheit“ bezieht sich genauso auf die Beziehungen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Starke Vorurteile auf beiden Seiten sind der Grund für Abgrenzung, Ausgrenzung und sogar teilweiser Ghettoisierung. Hier sehen wir in Zukunft die Aufgabe der Städte- und Raumplanung, Segregation zu verhindern. Des Weiteren plädieren wir für eine Ausweitung von sozialen Projekten ähnlich dem der „Stadtteilmütter“ in Neukölln, wo Menschen mit Migrationshintergrund zu Betreuern für andere Migranten ausgebildet werden und sie bei Integrationsanstrengungen unterstützen. Die Einrichtung von interkulturellen Zentren auf lokaler Ebene kann den Austausch zwischen Menschen verschiedener Kulturen und Lebenswelten fördern und langfristig zum Abbau von Vorurteilen beitragen. Sprachprobleme sollen durch verpflichtende Deutschkurse und Sprachförderung für Menschen jeden Alters behoben werden.

Ein anderes Integrationsproblem stellt die fehlende Anerkennung der Qualifikationen von ausländischen Fachkräften dar. Daher soll die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen erleichtert und Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung geschaffen werden. Eine Nutzung des vorhandenen Potenzials kommt nicht nur den Menschen mit Migrationshintergrund zugute, sondern auch der Wirtschaft und Gesellschaft unseres Landes.

Auch die Beziehung zwischen den Bürgern und Politikern, den gewählten Bürgervertretern, ist offenbar gestört. Parteienverdrossenheit ist jedoch nicht gleich Politikverdrossenheit. Schon ein klareres Profil der Parteien, volksnahe Politiker und neue Identifikationsmöglichkeiten mit der Demokratie könnten Abhilfe schaffen. Partizipation und Zustimmung erfolgt durch Teilhabe und geeignete Vertretung, die allen Menschen gewährt werden muss. In diesem Zusammenhang fordern wir eine Debatte zu der Frage, ob bundesweit ein Kommunalwahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger eingeführt werden soll.

Zusammenfassend erkennen wir mangelnde Kommunikation als Hauptproblem unserer Gesellschaft. Daraus resultiert zwangsläufig, dass eine Verbesserung der interkulturellen Kommunikation auch die Lösung des benannten Problems ist. Gegenseitiger Austausch und gemeinsame Aufklärung, schon ab Bildungsbeginn, sind notwendig und müssen jedem Mitglied der Gesellschaft zugänglich sein.

Unser Konzept von Einheit ist ein Konzept der Vielfalt. Es beruht auf Toleranz, Akzeptanz und Neugierde auf gegenseitiges Kennenlernen. Rassismus, Extremismus, Totalitarismus, Antisemitismus und homophobe Weltanschauungen sind mit diesen Werten nicht vereinbar. Die Würde des Menschen ist unantastbar.